

Dorothea Schmidt

Mythen und Erfahrungen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse um 1900

Der Abschied von der Klassengesellschaft hat in der Bundesrepublik Deutschland Tradition. Bereits Helmut Schelsky zelebrierte ihn in den 1950er Jahren, aber auch spätere Sozialwissenschaftler haben ihn immer wieder neu entdeckt. Dieser Befund brauchte stets eine Kontrastfolie zur behaupteten klassenlosen Gegenwart: die Bourgeoisie ebenso wie die Arbeiterklasse früherer Zeiten als in sich geschlossene Einheiten. Die Diskussionen der letzten Jahrzehnte setzten mit der Diagnose von Ulrich Beck eines „Kapitalismus ohne Klassen“ ein: „Wir leben trotz fortbestehender und neu entstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen *jenseits* der Klassengesellschaft, in denen das Bild der Klassengesellschaft nur noch mangels einer besseren Alternative am Leben erhalten wird.“ (Beck 1986: 121) Weil es „ein *kollektives* Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum“ gebe, hätten sich „subkulturelle Klassenidentitäten und -bindungen ausgedünnt oder aufgelöst. Gleichzeitig wird ein Prozess der *Individualisierung* und *Diversifizierung* von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt in Frage stellt.“ (ebd.: 122, alle Hervorhebungen bei Beck) Ebenso wie jegliche traditionale Großgruppengesellschaft sei auch die Arbeiterklasse eine historisch überholte Erscheinung (ebd.: 134).

In neuerer Zeit gibt es demgegenüber eine Renaissance des Klassenbegriffs und die Rede von der Zweiklassen-Gesellschaft wird inzwischen gerne im Munde geführt. Man entdeckt sie im Gesundheitswesen, in den Schulen oder auch im Internet, wo denen, die Zugang dazu haben, diejenigen gegenüberstehen, denen dies verwehrt bleibt – die internetlosen Deutschen als das „neue Proletariat“ (Nolte 2001). Doch die neue Begeisterung für den bisher als altbacken geltenden Begriff ist trügerisch: Sie bezieht sich zwar auf wachsende soziale Ungleichheiten, die auch systemfreundliche Beobachter nicht übersehen können oder wollen, grenzt aber die Ebene der Arbeitsverhältnisse und des Besitzes der Produktionsmittel ausdrücklich aus. So heißt es bei Paul Nolte: „Ein Plädoyer für mehr Klassenbewusstsein – das mag sich antiquiert anhören, wie die Aufforderung

zur Rückkehr in die Denkwelten der Arbeiterbewegung vor hundert Jahren“, dennoch gebe es neue Mechanismen der Klassengesellschaft, allerdings „nicht so sehr, wie früher, in der Sphäre der Arbeit, sondern in Konsum und Alltag.“ (ebd.) Ähnlich hält Stefan Hradil in einem populärwissenschaftlichen Text für die Bundeszentrale für politische Bildung fest, im 19. Jahrhundert habe es eine „Klassengesellschaft“ gegeben. Wer damals nichts besaß, „wer seinen Bauernhof nicht mehr halten konnte, musste sich als Arbeiter zu häufig elenden Arbeitsbedingungen und Löhnen verdingen. Die ‘soziale Frage’ entstand.“ Aber im 20. Jahrhundert habe der Gegensatz zwischen den „Besitzenden“ und den Arbeitern an Bedeutung verloren: „Die entlang der Berufshierarchie verlaufende soziale Schichtung schob sich als dominante Struktur sozialer Ungleichheit über das am Besitz ausgerichtete Klassengefüge.“ (Hradil 2012)

Bereits vor einiger Zeit wiesen kritische Gesellschaftstheoretiker darauf hin, dass es sich bei der von Beck und anderen bemühten Kontrastierung zwischen früher und heute um einen Scheingegensatz handelt, der für die Gegenwart zu dem diffusen Befund kommt, diese sei „komplex und bunt“, während gleichzeitig ein „romantisches Bild von der ‘Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts’ kultiviert“ würde: „Die angebliche Homogenität der Lebenslage und Lebensweise der Arbeiter habe zu einer weitgehenden Übereinstimmung der sozial-kulturellen und politischen Handlungsorientierungen geführt...“ (Benschop/Krätke/Bader 1998: 16, ähnlich Türkmen 2011: 205f) Dieser Romantisierung möchte ich im Folgenden auf die Spur kommen. Sie hat ihre Wurzeln in dem Gesellschaftsbild, das prominente Vertreter/innen der Arbeiterbewegung unter Berufung auf Karl Marx entwarfen – und das heutige Theoretiker, die den Klassenbegriff für überholt halten, für bare Münze nehmen.

In der Tat skizzierte Marx im 24. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals* im Abschnitt „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ einen geradlinigen Prozess der fortlaufenden Expropriation. Der Kapitalismus setze mit der Enteignung der Arbeitskräfte von ihren Produktionsmitteln und ihrer Verwandlung in besitzlose Proletarier ein. Aber dem folge die „Expropriation der Expropriateure“, und zwar quasi-automatisch „durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot... Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“ (Marx 1970: 790-1). Marx betonte dabei die Naturgesetzlichkeit dieser Entwicklung: „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische

Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation.“ (ebd.: 791)

In den nächsten Jahrzehnten folgte die deutsche Sozialdemokratie in ihren populären Schriften zu Klassenfragen stets diesen vereinfachenden und plakativen Aussagen von Marx. Der sozialdemokratische Cheftheoretiker Karl Kautsky verfasste einen *Kommentar* zum Erfurter Programm der SPD von 1891, der allein bis 1922 nicht weniger als 17 Auflagen erlebte und „so etwas wie der Katechismus der Sozialdemokraten im Kaiserreich“ war: hier „lernten Generationen von Genossen, was Kapitalismus und Klassenkampf hieß“ (Krätke 2013: 64-65). In der Vorrede zur fünften Auflage schrieb Kautsky, der „allgemeine Theil des Programms selbst ist nur eine Paraphrase des bekannten Absatzes über ‘Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akumulation’ im ‘Kapital’. Gerade darin sehe ich die Ursache der Kraft des Erfurter Programms und seiner Fähigkeit, den wechselnden Moden zu widerstehen.“ (Kautsky 1907: XX) Die Marx-Paraphrase hörte sich bei ihm so an: „Nicht bloß durch die stete Ausdehnung der Großindustrie bewirkt die kapitalistische Produktionsweise, daß der proletarische Zustand immer mehr der Zustand des ganzen Volkes wird. Sie bewirkt dies auch dadurch, daß die Lage der Lohnarbeiter in der Großindustrie bestimmend wird für die Lage der Lohnarbeiter in anderen Industriezweigen... Wohin der Proletarier sich heute wenden mag, überall stößt er auf proletarierhafte Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das Proletarierthum durchdringt immer mehr und mehr die ganze Gesellschaft.“ (ebd.: 48) Die wesentlich komplexeren Überlegungen, die Marx anderswo entfaltete, wurden stets „links liegen“ gelassen.

Hier war also kein Platz für Unterschiede und Widersprüche innerhalb der Arbeiterschaft. Doch diese gab es, und die Lebenslage der einzelnen Teile des Proletariats war auch zu Kautskys Zeiten keineswegs so einheitlich, wie dieser es unterstellte. Es gibt eine Vielzahl von Fotos der deutschen Arbeiterschaft um 1900. Diejenigen, die damals von der Berliner Ortskrankenkasse veröffentlicht wurden, zeigen bedrückendes Elend: meist mehrköpfige Familien, die in einem einzigen Raum hausten, der zum Wohnen, Schlafen und Arbeiten diente, dunkel, verwahrlost, und mit feuchten oder schimmeligen Wänden. Häufig gab es überhaupt keinen Vater, und Frau und Kinder mussten sich mit Nährarbeiten über Wasser halten, oder das Familienoberhaupt war Invalide und zusammen mit der restlichen Familie auf Heimarbeit angewiesen. Aber in anderen Quellen finden sich im Gegensatz dazu Berichte über gutsituierte Arbeiter, die Mitglied einer Laubenkolonie waren oder am Sonntag mit der Familie ins Grüne fuhren, um dort in eines der Garten-Lokale mit dem Schild „Familien können Kaffee kochen“ einzukehren, oder die im Winter die Gewerbeausstellung besuchten.

Ihnen galten zweifellos auch die Anzeigen in der weitverbreiteten sozialdemokratischen Wochenzeitschrift *Der Wahre Jakob*, wo für Zigarren ebenso geworben wurde wie für Fahrräder, Akkordeons oder silberne Taschenuhren mit einem Bild von Marx oder Lassalle. Diese Arbeiter konnten sich offenbar mehr als das Allernötigste leisten – meist Gelernte in ihren besten Jahren, die etwa bei Siemens & Halske in Berlin als Mechaniker Akkordarbeit leisteten und dort zu den Spitzenverdienern gehörten (Asmus 1982, Schmidt 1993: 240). Wie vielfältig und unterschiedlich sich die Arbeitsverdienste allein im industriellen Bereich gestalteten (die Verdienste von Heimarbeiter/inne/n lagen noch weit darunter), belegen auch Statistiken, wonach 1900 sowohl zwischen wie innerhalb einzelner Branchen eine erhebliche Spannweite bestand. Im Bergbau bekamen ungelernete Arbeiter nur rd. 44% des Lohns von gelernten Arbeitern, in der Metallindustrie 64%. Kombiniert man Branchen- und Qualifikationsunterschiede, so stand einem Stundenlohn von 34,6 Pfg. für ungelernete Arbeiter in der Textilindustrie ein solcher von 81,1 Pfg. für gelernte Arbeiter im Bergbau gegenüber (Wehler 1995: 778). Die Beschäftigungsverhältnisse wiesen ebenfalls eine bunte Vielfalt auf. Da gab es Arbeiterinnen und Arbeiter mit einem regulären Arbeitsvertrag und vierzehntägiger Kündigungsfrist, aber auch Tagelöhner und Alleinselbständige, wie wandernde Maurer und Zimmerleute, Wäscherinnen und Näherinnen, die „auf Stör“ gingen, sich also da und dort verdingten.

Konnte man hier von einer Einheit der Klasse sprechen, die sich in entsprechend einheitlichen Interessen und kollektiven Aktionen niederschlagen würde? Folgt man dem Marxschen Begriff, den dieser an anderer Stelle als dem vorhin angeführten *Kapital*-Kapitel entwickelt hat, so geht es in erster Linie nicht um statistische oder soziale Merkmale der einen oder anderen Klasse, und auch nicht um ihre innere Geschlossenheit, sondern um ihr Verhältnis zueinander: „Eine Klasse lässt sich nur in ihren Beziehungen zu anderen Klassen definieren. Die Spezifik der Klassenspaltung im Kapitalismus ergibt sich aus der Fähigkeit einer Klasse, den Besitz an Produktionsmitteln weitgehend zu monopolisieren und sich die unbezahlte Mehrarbeit einer anderen Klasse anzueignen, welche ausschließlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt.“ (Dörre 2011: 116) Die notwendige Einheit der Arbeiterklasse wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts gleichwohl zu einem Mythos, der nicht nur als ideologischer Kitt funktionierte, sondern wiederholt auch die praktische Politik der Sozialdemokratie anleitete. Dies ist im Folgenden an ihrem Umgang mit den Frauen in den eigenen Reihen zu studieren. In einem weiteren Schritt möchte ich zeigen, auf welchen Feldern und mit welchen Strategien sich die Kämpfe der Arbeiterschaft um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, also die eigentlichen Auseinandersetzungen mit dem Kapital, abspielten. Diese folgten im Großen und Ganzen nicht der von Kautsky vorgegebenen Linie, die „Lage der Lohnarbeiter in der Großindust-

rie“ würde immer mehr diejenige aller anderen Arbeiter bestimmen – dennoch zeigen sie, dass es Gemeinsamkeiten der Lage des Proletariats gab, die selbst ohne einheitliches Vorgehen in einer bestimmten historischen Konstellation zu erfolgreichem Handeln zugunsten großer Teile der Arbeiterklasse führen konnten. Dies lässt auch Schlüsse für die aktuelle Lage von Lohnabhängigen zu – jenseits von Diagnosen zum „Unterschichtfernsehen“ oder zur geringen Beliebtheit von Bio-Lebensmittel bei manchen von ihnen.

Die Einheit der Arbeiterklasse und die Frauen

In einem Aufruf zum Bremer Gewerkschaftsfest von 1891 heißt es: „An die Bremischen Frauen und Mädchen! Der kommende Sonntag, der Festtag der bremischen Arbeiter, welcher alle die tausenden männlichen Arbeiter Bremens zusammenfinden wird zur Bekundung der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Bestrebungen, er ruft auch die bremischen Frauen und Mädchen, die dem Arbeiterstande angehören, ein lautes und gebieterisches: Hierher! Hierher an die Seite Eurer männlichen Leidens- und Kampfgenossen zu.“ (Bremer Bürgerzeitung, 29.8.1891) Der herrische Ton dieses Aufrufs gibt einen Eindruck davon, wie die Gewerkschaften – und ebenso die Sozialdemokratie – ihr Verhältnis zu den Frauen der eigenen Klasse definierten. Man sah sie als wichtigen Teil davon, und sie sollten zu ihrem Aufschwung beitragen. Über ihre besondere Lebenslagen und Bedürfnisse ging man aber meist hinweg, weil sie von dem großen Ziel abzulenken schienen und auch bei Arbeitern tiefverwurzelte patriarchale Vorstellungen in Frage gestellt hätten.

Doch wie ist das vereinbar damit, dass es gerade in der Sozialdemokratie Persönlichkeiten gab, die sich besonders engagiert für die Gleichstellung der Geschlechter und die Anerkennung der Rolle der Arbeiterinnen einsetzten – allen voran August Bebel? Dieser veröffentlichte 1879, also in der Anfangszeit des Sozialistengesetzes gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, sein Buch *Die Frau und der Sozialismus*, das in den folgenden Jahrzehnten zum absoluten Bestseller werden und noch zu Bebels Lebzeiten mehr als 50 Auflagen erleben sollte. Als marxistisch gebildeter Autodidakt unternahm er auf mehr als 500 Seiten einen kühnen Streifzug durch die Geschichte, von den Frauen in der Urgesellschaft, in der Antike und im Mittelalter bis zu ihrer Situation in der Gegenwart. Dabei legte er nicht nur umfangreiches Zahlenmaterial zur weiblichen Erwerbstätigkeit in den unterschiedlichsten Ländern vor, sondern behandelte auch Prostitution und Mädchenhandel, Scheidungen und Kindsmorde, Erscheinungen, die er allesamt in bestimmten ökonomischen und sozialen Verhältnissen begründet sah, und nicht in vermeintlichen Charakterschwächen

von Frauen. Er geißelte die im Bürgertum übliche Geldehe und wandte sich gegen das „Geschwätz vom ‘Naturberuf’ der Frau, der sie auf Häuslichkeit und Familie verweise ... Die Berufung auf den Naturberuf der Frau, wonach sie Haushälterin und Kinderwärterin sein soll, ist ebenso sinnreich als die Berufung darauf, daß es ewig Könige geben müsse, weil, so lange es eine Geschichte gebe, es irgendwo solche gab.“ (Bebel 1895: 232-233) Es ging Bebel also darum, weitverbreitete Vorstellungen über geringe Begabungen und geistige Fähigkeiten der Frauen als Vorurteile zu entlarven, und ihre volle Teilnahme am Erwerbsleben sowie ihre Gleichberechtigung zu fordern: „Die Frau hat das gleiche Recht wie der Mann auf Entfaltung ihrer Kräfte und auf Betätigung derselben. Sie ist Mensch wie der Mann und sie soll wie er die Freiheit haben, über sich zu verfügen als ihr eigener Herr. Der Zufall, als Frau geboren zu sein, darf daran nichts ändern.“ (ebd.: 241) Angesichts einer Öffentlichkeit, in der nicht nur von bürgerlicher, sondern ebenso von sozialdemokratischer Seite derartige Forderungen als unsinnig und naturwidrig angesehen und verurteilt wurden, waren das schöne und mutige Worte.

Bebel war sich auch darüber im Klaren, wie sehr die Emanzipation der Frauen darunter litt, dass ihnen in allen Schichten der Bevölkerung, allerdings mit mehr oder weniger Unterstützung durch Dienstpersonal, die Pflichten der Sorge für Haushalt und Familie auferlegt wurden. Doch jeden Gedanken an Änderungen in diesem Bereich – etwa eine andere häusliche Arbeitsteilung – hielt er in der Gegenwart für ausgeschlossen. Sie waren Zukunftsmusik, ebenso wie alle anderen Verbesserungen des Wohnens und der Ernährung sowie der allgemein zugänglichen Erziehung, Bildung und Kultur. Vor allem technische Fortschritte würden dafür sorgen, dass den Frauen die beschwerlichen und kräfteaubenden Hausarbeiten später abgenommen würden, nämlich durch „Zentralwaschanstalten und Zentraltrockeneinrichtungen“, durch „Einküchenhäuser“ oder auch Röhrensysteme in den Städten, durch die vorgekochtes Essen ähnlich wie die Briefpost verschickt werden konnte (ebd.: 416). Die von bürgerlichen Parteien eingeführten Arbeiterinnenschutzgesetze, insbesondere die Begrenzung des Arbeitstages, begrüßte er, ansonsten beschränkte er sich – genauso wie das Erfurter Programm – darauf, die rechtliche Gleichstellung und das allgemeine Wahlrecht auch für Frauen zu fordern. Alles weitere würde sich in der sozialistischen Gesellschaft ergeben. Große Teile von Bebels Schrift waren der Entwicklung und Überwindung des Kapitalismus gewidmet, und so ging es letztlich genau wie in dem eingangs zitierten Gewerkschaftsaufruf darum, die Frauen für die anstehenden Auseinandersetzungen zu mobilisieren: „Auch an die Frau im allgemeinen und an die Proletarierin im besonderen tritt die Aufforderung, in diesem Kampfe nicht zurückzubleiben, in dem auch für ihre Befreiung und Erlösung gekämpft wird. Es ist an ihr zu beweisen, daß sie ihre wahre Stellung in der Bewegung und in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen

ist, daran Teil zu nehmen. Sache der Männer ist es, sie in der Abstreifung alter Vorurteile und in der Teilnahme am Kampfe zu unterstützen.“ (ebd.: 447)

Die von Bebel vorgegebene Linie prägte alle weiteren Stellungnahmen zu konkreten Fragen, die für den Alltag der Arbeiterinnen und der Arbeiterfrauen bedeutsam waren. Zwei davon seien hier kurz skizziert: die spätere Debatte um Hausarbeit und Einküchenhaus sowie um die Fragen der Verhütung und des „Gebärstreiks“.

Die Idee des Einküchenhauses wurde um 1900 von Lily Braun wieder aufgenommen. Sie entwarf das Projekt eines genossenschaftlichen Wohnens, bei dem 50-60 Wohnungen im Grünen, mit modernsten technischen Einrichtungen versehen, gebaut werden sollten: „An Stelle der 50-60 Küchen, in denen eine gleiche Zahl der Frauen zu wirtschaften pflegt, tritt eine im Erdgeschoß befindliche Zentralküche, die mit allen modernen arbeitssparenden Maschinen ausgestattet ist. Gibt es doch schon Abwaschmaschinen, die in drei Minuten zwanzig Dutzend Teller und Schüsseln reinigen und abtrocknen! Vorrathsraum und Waschküche, die gleichfalls selbstthätige Waschmaschinen enthält, liegen in der Nähe; ebenso ein großer Eßsaal, der zu gleicher Zeit Versammlungsraum und Tags über Spielzone der Kinder sein kann... Die ganze Hauswirtschaft steht unter einer erfahrenen Wirtschaftlerin, deren Beruf die Haushaltung ist; ein oder zwei Küchenmädchen stehen unter ihrer Aufsicht.“ (Braun 1979: 275-6) Was Bebel in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft ansiedeln wollte, stellte für Lily Braun als „Reform der Hauswirtschaft“ ein Gebot der Gegenwart dar. Doch blieb sie mit dieser Position innerhalb der Sozialdemokratie isoliert – sicherlich auch, weil sie als Tochter eines preußischen Generals den Herkunftsmustern gestandener Sozialdemokrat/inn/en nicht entsprach.

Vor allem Clara Zetkin fuhr in ihrer Kritik schwere Geschütze gegen solche Pläne auf, genauso wie sie Lily Brauns Vorschlag der Einrichtung eines zentralen Frauenbüros, in dem statistische Unterlagen über deren Arbeitsbedingungen gesammelt und eine juristische Beratung für Frauen angeboten werden sollten, ablehnte. Sie erteilte somit allen Bestrebungen, den speziellen Lebensumständen von Arbeiterinnen stärkere Aufmerksamkeit zu widmen, eine dezidierte Absage. Bereits in einer Grundsatzrede auf dem sozialdemokratischen Parteitag von 1896 hatte sie erklärt, der Befreiungskampf der proletarischen Frau könne „nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse.“ (Verhandlungen... 1981: 74) Die Sozialdemokratie hatte sich also nicht der Frauen anzunehmen, sondern die Frauen – ähnlich wie es zuvor Bebel verkündet hatte – hatten sich für die Sozialdemokratie einzusetzen: „Nicht die kleinlichen Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, unsere Aufgabe muß sein, die moderne Proletarierin in den Klassenkampf einzureihen.“ (ebd.: 77)

Ob das Einküchenhaus bei Arbeiterfamilien tatsächlich großen Anklang gefunden hätte, kann bezweifelt werden – auch in bürgerlichen Kreisen blieben derartige Experimente vor dem Ersten Weltkrieg vereinzelt und verliefen letztlich im Sand. Aber die harschen Reaktionen in der SPD und insbesondere von Clara Zetkin zeigen, wie wenig sich die Partei überhaupt auf die besonderen Probleme von Frauen einlassen wollte. Dies wurde ebenfalls in ihrer Haltung zum viel diskutierten „Gebärstreik“ deutlich, der seit der Jahrhundertwende die bürgerliche Öffentlichkeit bewegte. Hintergrund der plakativen Parole war der Rückgang der Geburtenzahlen seit den 1890er Jahren, zunächst vor allem in den Städten und bei den höheren Schichten, doch breitete sich die Erscheinung mehr und mehr auf andere Teile der Bevölkerung aus. Möglich wurde das vor allem durch den erweiterten Zugang zu Verhütungsmitteln, deren Herstellung erlaubt war, deren Handel und öffentliche Anpreisung jedoch – mit Ausnahme von legal erhältlichen Präservativen – verboten blieb. In der Arbeiterschaft soll daneben die Praxis des *coitus interruptus* die häufigste Form der Begrenzung von Schwangerschaften gewesen sein. Diese Entwicklungen beförderten alarmistische Debatten über den Sittenverfall und die Gefährdung von Staat und Volk, die sich zuspitzten, als in einer Publikation des preußischen Innenministeriums zwei Strömungen als Schuldige für die verhängnisvolle Tendenz benannt wurden: die Frauenbewegung und die Sozialdemokratie. In den folgenden parlamentarischen Diskussionen im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus sahen sich die Sozialdemokraten genötigt, sich gegen diese Vorwürfe zur Wehr zu setzen, indem sie erklärten, dass sie den Geburtenrückgang keineswegs befürworteten und ihn durch sozialpolitische Maßnahmen bekämpfen wollten, nicht aber – wie die übrigen Parteien – durch Verschärfungen des „Unzuchtparagraphen“, mit dem die Verbreitung von Verhütungsmitteln weiter eingeschränkt werden sollte (Bergmann 1982: 83ff).

Doch wurde das Problem auch innerhalb der Sozialdemokratie sehr unterschiedlich gesehen. Die Differenzen eskalierten, als zwei sozialdemokratische Ärzte, Julius Moses und Alfred Bernstein, ab 1910 eine Reihe von öffentlichen Vorträgen hielten, in denen sie über Möglichkeiten der Verhütung aufklärten, woraufhin die Parteiführung (vermutlich in der Person von Clara Zetkin) im *Vorwärts* zum „Gebärstreik“ Stellung nahm und erklärte, dass mit einer Reduzierung der Kinderzahl ein falscher Weg eingeschlagen würde, wobei vor allem die Position bekämpft wurde, eine solche sei ein „angebliches ‚Klassenkampfmittel‘“ (zit. bei Linse 1972: 245). Im August 1913 folgten zwei Versammlungen, die der Berliner Verbandsvorstand einberief und auf denen führende Sozialdemokratinnen sich vor jeweils 4.000 Arbeiter/innen zur Geburtenkontrolle äußerten. Es ging dabei sowohl um die Auffassung, diese stelle ein Mittel im Klassenkampf dar – was von Rosa Luxemburg als „Oberflächlichkeit, Dummheit und Denk-

faulheit der Massen“ abgekanzelt wurde (zit. bei Bergmann 1982: 94) – wie auch um den Punkt, der die Mehrheit der anwesenden Frauen eigentlich bewegte: ob die Partei sich dafür einsetzen würde, ihnen Möglichkeiten zugänglich zu machen, mit denen sie die Überlastungen durch viele Geburten und eine große Kinderschar zumindest etwas verringern konnten. Doch diesen für sie dringlichen Wünschen erteilte Clara Zetkin ebenfalls eine klare Absage: dies sei eine „bürgerlich-anarchistende Auffassung“, die „in den Mittelpunkt der Befreiung nicht das Proletariat als Klasse, sondern die einzelne Familie“ stelle. Wenn dem Staat, wie von bürgerlichen Kritikern beklagt, nicht mehr genügend Soldaten geboren würden, „so gebären wir auch keine Soldaten der Revolution.“ Ein „Geburtenrückgang und ein Präventiv-Geschlechtsverkehr in der proletarischen Masse“ bedeute einen „Massenselbstmord der sozialdemokratischen Partei... Die Sozialdemokratie kämpft nur mit Massen und nur die große Masse kann die reaktionäre Macht zum Umsturz bringen.“ (Zit. bei Linse 1972: 246) Die Häufigkeit, mit der hier der Begriff „Masse“ ins Feld geführt wurde, zeigt, wie wenig auch die führenden Frauen in der Partei gewillt waren, sich der unmittelbaren und alltäglichen Nöte der Arbeiterfrauen anzunehmen.

Die Einheit der Arbeiterklasse und das kämpfende Proletariat

Wie sah es mit der Einheit des Proletariats auf der Ebene der Auseinandersetzungen mit dem Kapital aus? Hier ist noch einmal auf Karl Kautskys *Kommentar* zurückzukommen. Er untersuchte darin sowohl die Entwicklung der Kapitalseite wie diejenige des Proletariats. In beiden Fällen sind die Entwicklungslinien für ihn eindeutig. Unter der Überschrift „Der Todeskampf des Kleinbetriebs“ wird geschildert, wie die ökonomische Entwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs geführt habe, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildete. Vor allem der Einsatz von Maschinen habe die Überlegenheit des Fabrikbetriebs bewirkt, aber auch der Vorteil, den der Kapitalist als Kaufmann dem Handwerker voraus habe: „Das Wort vom goldenen Boden des Handwerks hat schon längst jede Bedeutung verloren. Die Zahl der Arbeitszweige und der Gegenden, in denen das Handwerk noch eine Existenz fristen kann, ist schon eine ziemlich beschränkte und nimmt zusehends ab. *Die Fabrik herrscht und die Tage des Handwerks sind gezählt.*“ (Kautsky 1907: 21, alle Hervorhebungen auch in den folgenden Zitaten bei Kautsky) Der Kleinbetrieb habe im „Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität“ keine Überlebenschance, sei von größeren Unternehmen abhängig und die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der dort Beschäftigten besonders elend: „Er wird die letzte Zuflucht jener unglücklichen Besitzlosen, die in der Großindustrie kein

Unterkommen finden und die zu stolz sind, zu betteln, zu ehrenhaft, zu stehlen.“ (ebd.: 30) Die weitere Zunahme der Großbetriebe wie ihre wachsende Konzentration galt für Kautsky als fraglos.

Der vermeintlichen Zusammenballung des Kapitals stand eine ganz ähnliche Entwicklung auf der Gegenseite, beim Proletariat gegenüber, wobei sich Kautsky in der Vorrede zur fünften Auflage dagegen verwahrte, eine Verelendungstheorie zu vertreten (Kautsky 1907: X). Er schilderte, wie der Kapitalismus gegenüber den früheren Verhältnissen im Handwerk zu einer wesentlichen Verschlechterung der Arbeitssituation geführt habe: „Verlängerung des Arbeitstages, Abschaffung der Feiertage, Einführung der Nacharbeit, Arbeit in feuchten oder überhitzten oder mit schädlichen Gasen erfüllten Arbeitsstätten u.s.w. ...“ (ebd.: 35) Auch die Einführung der Maschine habe in der Hand des Kapitalisten bewirkt, „die Arbeitslast des Proletariers zu einer erdrückenden, seine Knechtschaft zu einer unerträglichen, mörderischen zu machen“, und dies alles bei niedrigsten Löhnen: „Der kapitalistischen Produktionsweise gebührt das Verdienst, die beiden Gegensätze *Hunger* und *Lohn* mit einander versöhnt und den *Hungerlohn* zu einer stehenden Einrichtung, ja zu einer Stütze der Gesellschaft gemacht zu haben.“ (ebd.: 37) Kautsky zeichnete ein Bild elender (objektiver) Verhältnisse, dem jedoch entgegenstand, dass diese sich (subjektiv) lediglich in den ersten Zeiten der Industrialisierung in einer zunehmenden „Verkommenheit“ des damaligen Lumpenproletariats niederschlugen, bald darauf habe jedoch die „moralische Wiedergeburt des Proletariats“ eingesetzt. Die Arbeiterschaft der großen Industrie stand dabei im Zentrum des Geschehens, aber auch die Angehörigen anderer Schichten wie z.B. Dienstboten, einfache Angestellte, selbständige Handwerker oder Bauern, würden sich dieser immer mehr anschließen: „... so werden immer mehr die arbeitenden Klassen zu einer einzigen einheitlichen *Arbeiterklasse* zusammengeschweißt, die beseelt wird vom Geist des Proletariats der Großindustrie, das an Zahl und ökonomischer Bedeutung stetig zunimmt. Immer mehr verbreitet sich in ihr der dem großindustriellen Proletariat eigenthümliche Geist des kameradschaftlichen Zusammenhalts, der genossenschaftlichen Disziplin, der Gegenherrschaft gegen das Kapital...“ (ebd.: 197) Schließlich ging Kautsky, wenngleich eher am Rande, noch auf eine Differenzierung innerhalb der industriellen Arbeiterschaft ein: diejenige zwischen unqualifizierten und qualifizierten Arbeitern, wobei ihm letztere als Vorkämpfer „im Ringen nach Hebung der Arbeiterklasse“ erschienen (ebd.: 211). Er sah allerdings die Gefahr, dass bei ihnen ein „zünftiger Geist“ nach einseitiger Verfolgung „blos der engeren Berufsinteressen“ zu Tage treten könnte, aber letztlich zeigte er sich davon überzeugt, dass diese „Arbeiteraristokratie“ nicht für sich bleiben würde: „... auf die Dauer kann sie sich den Wirkungen der ökonomischen Entwicklung nicht entziehen, die sie zur Vereinigung mit der gesamten Arbeiterklasse drängen.“ (ebd.: 212-214)

Wie sah es nun in der gesellschaftlichen Praxis des Deutschen Kaiserreichs mit der „Masse des Proletariats“ aus und an welchen Fronten wurde der Klassenkampf geführt? Zunächst ist festzuhalten, dass in den Jahren nach 1895 sämtliche Betriebsgrößen gewachsen waren. Stark abgenommen hatten die Alleinbetriebe, während die Zahl der Betriebe mit 6-50 Beschäftigten, vor allem aber die Zahl der in ihnen Tätigen anstiegen. Es hatte also eine Umschichtung innerhalb des kleinbetrieblichen Sektors gegeben, die kleine und mittlere Unternehmen auf Kosten der Alleinbetriebe entstehen ließ (Leicht 1995: 93ff). Das wirtschaftliche Wachstum kam somit nicht nur den „Riesenbetrieben“ zugute, sondern ebenso dem „alten Mittelstand“. Im Handwerk standen Zweigen, die durch die Industrie fast gänzlich ausgelöscht wurden, wie die Weberei oder die Schuhmacherei, andere gegenüber, die gerade durch die Industrie neu entstanden waren, wie die Elektroinstallation, die im Windschatten der Elektroindustrie aufblühte. Auch waren Maschinen weder auf große Betriebe beschränkt noch in diesen allgemein üblich. Die Arbeit an Werkbänken gab es in großen wie in kleinen Betrieben des Maschinenbaus und der Elektrotechnik, und wenn es zutrifft, dass die Dampfmaschine, die gemeinhin als Symbol des technischen Fortschritts während des 19. Jahrhunderts gilt, für kleinbetriebliche Produktion nicht geeignet war, so wurden hier andere Neuerungen der Antriebstechnik genutzt, in Tischlereien z.B. Gas- und Elektromotoren. Auch der Buchdruck war selbst in kleineren Druckereien durch Mechanisierung geprägt, und insbesondere die Arbeit der Setzer veränderte sich durch die Einführung der Linotype (Wengenroth 1989: 205; Gabel 1992: 336).

Die polarisierende Sichtweise Kautskys, die nur noch die stark wachsenden und fabrikmäßig betriebenen Großbetriebe und den Niedergang aller anderen Betriebsgrößen mit ihrer vermeintlich altertümlichen Handarbeit kannte, hat sich weder damals noch später bestätigt. Aber selbst die sozialen Verhältnisse in den kleineren und mittleren Betrieben entsprachen häufig nicht dem von ihm ausgemalten Elendspanorama. Es gab es zwar zahlreiche Handwerks- oder Dienstleistungsbetriebe, in denen die Eigentümer wie die Beschäftigten eine kärgliche Existenz fristeten, wie häufig im Handel, in Gastwirtschaften, in Wäschereien oder Schneidereien, aber gleichzeitig entstanden gerade im Bereich der kleineren und mittleren Betriebe erste Bestrebungen, Tarifvereinbarungen mit den Unternehmern abzuschließen. Die Buchdrucker gelten als „Pioniere der Tarifpolitik“, die in der Aufschwungszeit des Deutschen Kaiserreichs bereits auf langjährige Organisationserfahrungen zurückblicken konnten und zudem einen besonders hohen Bildungsstand aufwiesen. Ihr damals eigenmächtiges und aus dem Rahmen fallendes Vorgehen erklärte der Vorsitzende ihres Gehilfenverbandes Richard Härtel selbstbewusst so: „Wir können nicht warten, bis die Herren Kommunisten ihren sozialen Staat errichtet haben...“ (Ullmann 1977: 79, Zitat 123) Die Drucker machten sich innerhalb der Arbeiterbewegung damit nicht nur Freunde, sondern

entsprachen dem Bild, das Kautsky von den „Arbeiteraristokraten“ gezeichnet hatte. Mit der zunehmenden Emanzipation der Gewerkschaften von der SPD verstärkte sich jedoch allgemein deren reformistische Orientierung. Zwar hielten sie verbal am Zukunftsziel der sozialistischen Gesellschaft fest, sahen sich aber in ihrer Praxis zunehmend gezwungen, greifbare Gegenwartsziele zu verfolgen. Wollte die Arbeiterbewegung ihre Basis verbreitern, so brachte es der Gewerkschafter Carl Legien auf den Punkt, dann dürfte man der Arbeiterschaft „nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Arbeiter dadurch heran, daß sie ihm materielle Vorteile in Aussicht stellt“ (zit. bei Ullmann 1977: 140). In den folgenden Jahren waren es also nicht die separatistischen Setzer und Buchdrucker, die ihre Eigenbrötelei aufgaben, sondern umgekehrt die Arbeiterschaft in anderen Branchen, die mehr und mehr ihrem Beispiel folgte.

Seit Ende der 1890er Jahre wurden vor allem im Baugewerbe immer häufiger Tarifverträge abgeschlossen, so dass 1907 fast 59% aller bestehenden Verträge auf dieses Gewerbe entfielen, wobei insbesondere Maurer, aber auch Maler, Zimmerer und Stuckateure derartige Regelungen durchsetzten (ebd.: 81). Ein Beispiel aus Bremen illustriert, wie eine solche Vereinbarung aussehen konnte. Im Jahre 1901 einigten sich Meister und Gesellen des Baugewerbes für das folgende Jahr auf Lohnerhöhungen und eine Verkürzung des Arbeitstages. Darüber hinaus enthielt der Vertrag Regelungen zur Bezahlung der Überstunden, die Zustimmung zu Akkordarbeit und die Vorschrift, dass „Baubuden und Aborte ... den sanitären Anforderungen entsprechend“ sein müssten (zit. bei Schmidt 1997: 44). Diese Regelungen wurden in der Arbeiterschaft als ambivalent angesehen, und von einzelnen Gruppen bis um die Jahrhundertwende heftig abgelehnt, insbesondere die Zustimmung zur Akkordarbeit, die als „fluchwürdiges System“ und als „Erfindung des Teufels“ galt. Bei den Maurern sprach sich der bis 1896 größte Fachverein, die *Freie Vereinigung der Maurer*, daher grundsätzlich gegen Tarifverträge aus, die man als „Harmonieduselei“ und Verstoß gegen das Klassenkampfprinzip verurteilte (Ullmann 1977: 82). Doch seit der Jahrhundertwende bröckelte die Front der Gegner, und sowohl die Akzeptanz von Akkordarbeit wie das System der Tarifverträge verbreiteten sich immer weiter. Man versprach sich von ihnen: „Einschränkung der Streiks, dadurch Stärkung der finanziellen Kraft der Gewerkschaften; Beständigkeit der bei guter Konjunktur errungenen tariflichen Arbeitsbedingungen, vor allem Schutz vor Lohnsenkungen bei Verschlechterung der Wirtschaftslage; Anerkennung der Gewerkschaften und der Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital durch die Unternehmer; verbesserte taktische Ausgangslage zur Durchsetzung vorteilhafter Arbeitsbedingungen...“ (ebd.: 95, 150)

Bei den Unternehmen waren Tarifverträge noch stärker umstritten, jedoch sahen einzelne Branchenverbände in ihnen zunehmend Vorteile. Angesichts der

wachsenden Organisation der Bauarbeiter – um 1900 waren rd. 25% von ihnen in einem Zentralverband organisiert – wurden sie von Bauunternehmern immer häufiger akzeptiert: Sie „bildeten einen Schutz vor Streiks, garantierten Kalkulationssicherheit für Bauaufträge und erlaubten eine einheitliche Preisgestaltung.“ (Ullmann 1977: 83) Mit ihnen vermied man nicht nur Konventionalstrafen wegen nicht eingehaltener Termine, sondern schob der Preisunterbietung durch andere Anbieter, der „Schmutzkonkurrenz“, einen Riegel vor. Was zunächst nur für einzelne Branchen galt, wurde mehr und mehr auch für andere maßgeblich. Gab es 1905 bereits 1.585 Tarifverträge für 46.272 Betriebe und 481.910 Beschäftigte, so stiegen diese Zahlen bis 1913 auf 10.885 Tarifverträge für 143.088 Betriebe und 1,4 Mio. Beschäftigte. Neben dem Baugewerbe wurden sie vor allem in der Nahrungs- und Genussmittel-, in der Holz- und in der Metallindustrie üblich, außerdem im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe – also vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Im Jahr 1908 galten lediglich 8% aller Tarifverträge, die in diesem Jahr in Kraft traten, für Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten. In der Großindustrie stellten sie somit eine absolute Ausnahme dar, und wurden höchstens vereinzelt von Unternehmern abgeschlossen, die in ihrer Praxis auch sonst gegenüber ihren Standeskollegen aus der Reihe tanzten, so etwa bei Robert Bosch in Stuttgart. Insgesamt hatten die Freien Gewerkschaften bis 1914 für mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder Tarifverträge (die lokale oder auch überregionale Gültigkeit haben konnten) vereinbart – diese Einrichtung hatte sich in der Gesellschaft des Wilhelminischen Reiches also ansatzweise etabliert (ebd.: 97f, 193).

Betrachtet man die Ergebnisse dieser Bemühungen, so zeigt sich kein eindeutiges Bild. Viele Tarifverträge der Jahre um 1900 setzten eine Arbeitszeit von neun Stunden fest. Diese lag somit etwas über dem von den Sozialdemokraten im Erfurter Programm geforderten Acht-Stunden-Tag, aber weit unter dem 1891 gesetzlich festgelegten Maximalarbeitstag von elf Stunden für Arbeiterinnen und den allgemein üblichen Arbeitszeiten zwischen zehn und elf Stunden (Kocka 1990: 486). Bei den durchschnittlichen Jahreseinkommen gab es 1900 folgende Abstufung: Am höchsten lagen sie im Druckgewerbe (1.317 Mark), es folgten der Steinkohlenbergbau (1.173 Mark), die Metallherzeugung (1.078 Mark), das Baugewerbe (1.072 Mark), die Metallverarbeitung (1.010 Mark) und die Textilindustrie (594 Mark) (Wehler 1995: 778). Setzt man das Lohnniveau für das Druckgewerbe gleich 100, so ergeben sich für die anderen Branchen als Indexwerte: Steinkohlenbergbau 89, Metallherzeugung 82, Baugewerbe 81, Metallverarbeitung 77, Textilindustrie 45. Viele Umstände kamen zusammen, um diese Unterschiede zu erklären – die Branchenproduktivität, Stadt-Land-Unterschiede und die lokale Verhandlungsstärke der Arbeiterschaft. Gleichwohl wird deutlich, wie gut sich die Arbeiterschaft in den beiden Branchen, in denen Tarifverträge weit verbreitet waren, behaupten konnte.

Wie aber kamen auch ohne Kollektivvereinbarungen relativ hohe Löhne in anderen Branchen, wie im Steinkohlenbergbau und in der Metallherzeugung, zustande? Prinzipiell ging es den Unternehmerverbänden ebenso wie einzelnen Großunternehmen darum, bei Lohnverhandlungen unmissverständlich zu zeigen, wer der „Herr im Haus“ war. Ein Krupp-Direktor drückte es so aus: „Wer auf Ordnung halten will, muss an dem Grundsatz festhalten, dass der Arbeiter nimmermehr ein irgendwie gleichberechtigter Theilhaber des Arbeitgebers sein kann, sondern dass er dessen Untergebener ist und bleiben muß, dem er Gehorsam schuldig ist und dessen Anordnungen er sich zu fügen hat.“ (zit. bei Ullmann 1977: 172-3) Es waren also meist nicht in erster Linie ökonomische Erwägungen, sondern ein rigider Autoritarismus und absoluter Herrschaftsanspruch, die sich aus einer grundlegenden Panikstimmung angesichts der Wahlerfolge der Sozialdemokratie seit Mitte der 1880er Jahre speisten, da diese bereits 1890 im Reichstag die stärkste Fraktion stellte. Auch die wachsende Zahl von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter/innen beunruhigte die Unternehmen zutiefst: die Zahl der Mitglieder nahm bei den Freien Gewerkschaften in einem Jahrzehnt von rd. 295.551 (1890) auf 680.427 (1900) zu, überstieg 1904 die Millionengrenze und erreichte einige Jahre später bereits 2.128.021 (1910) (Schneider 1989: 494). In großindustriellen Kreisen wurde angesichts dessen eine markige Konfrontationsrhetorik gepflegt, und jedes Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft galt als ein Schritt hin zum gesellschaftlichen Abgrund, erwartete man doch, dass Kompromisse die aufsässige Arbeiterschaft nur noch selbstbewusster und fordernder machen würden. In einigen Branchen kam dazu, dass sie hochkonzentriert und durch Kartellabsprachen miteinander verbunden waren, so dass die Preiskonkurrenz mit anderen Anbietern keine entscheidende Handlungsoption darstellte, man also – anders als die mittelständischen Bauunternehmen – keine Unterbietung durch Außenseiter befürchten musste und sich außerdem im Fall von großen Streiks miteinander verständigen und abstimmen konnte (Ullmann 1977: 175).

Trotz aller Untergangsvisionen sahen sich die Unternehmen angesichts der regen Streikaktivitäten seit Mitte der 1890er Jahre immer wieder genötigt, auf die Forderungen der Arbeiterschaft einzugehen. In der Aufschwungsperiode bis 1914 ragt vor allem das Jahr 1905 als besonders streikaktives hervor, seither genügte oftmals schon eine entsprechende Androhung der Gewerkschaften, um die Unternehmenseite zu einem zumindest partiellen Einlenken zu bringen. Dabei ging es den Vertretern der Großindustrie stets darum, um alles in der Welt den Eindruck zu vermeiden, sie hätten irgendeine Art von Kollektivvertretung der Arbeiterschaft anerkannt und etwa Verhandlungen „auf Augenhöhe“ geführt. Die versteckten, aber häufigen Kompromisse dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei vielen Auseinandersetzungen nicht die „Tauben“, sondern eher die „Falken“ den Ton gaben, und es vor allem seitens der „Ruhrbarone“

immer wieder zu Massenaussperrungen kam, bei denen sie gerne auch die Hilfe von Polizei und Militär in Anspruch nahmen, und mit denen sie hunderttausende Arbeiter trafen (Schneider 1989: 105, 498f).

Die mythologisierte Einheit und die realen Klassenverhältnisse

Die Lage der Arbeiterklasse im Deutschen Kaiserreich war sehr viel weniger einheitlich, als es jene Sozialwissenschaftler sehen wollen, die in der Gegenwart keinerlei Klassenstrukturen mehr erkennen können, sondern nur ein Panoptikum bunter Lebensentwürfe – dies im Gegensatz zur früheren vorgeblichen Geschlossenheit der Arbeiterklasse. Sie folgen damit der Selbstdarstellung sozialdemokratischer Theoretiker/innen, die eine solche Einheit der Lage und somit der Interessen der gesamten Arbeiterschaft immer wieder beschworen und Hinweise auf Abweichendes häufig übersahen oder sogar energisch bekämpften, wie am Beispiel des Umgangs mit den Alltagsproblemen der Frauen der eigenen Klasse zu sehen war. Auch bei den Arbeitsverdiensten blieben die bereits erwähnten Abstufungen in einzelnen Branchen (Druck- versus Textilindustrie) über die Jahrzehnte hinweg relativ gleichbleibend, darüber hinaus begründeten Alter und Geschlecht höchst unterschiedliche Verdienste. Selbst wenn sie die gleiche Arbeit verrichteten, wurden Arbeiterinnen schlechter bezahlt als Arbeiter, und die Löhne der Älteren waren üblicherweise geringer als die von Jüngeren, weil sie hinter deren Akkordleistung zurückblieben oder nur noch schlecht bezahlte Zeitarbeit ausführen konnten (Schmidt 1993: 239ff). Die Strategien, mit denen sich Arbeiterinnen und Arbeiter bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse zu erkämpfen suchten, waren ebensowenig einheitlich. Setzten die einen auf Tarifverträge, so andere auf individuelles Aushandeln der Löhne. Welche dieser Formen zum Zug kamen, hing jedoch keineswegs nur von ihrem mehr oder weniger stark ausgeprägten kollektiven Bewusstsein ab, sondern vor allem von den Strategien der Gegenseite.

Klassenbegriffe wie derjenige von Paul Nolte zeichnen sich dadurch aus, dass sie die soziale Lage der Arbeiterschaft – oder allgemein der abhängig Beschäftigten – auf ihren Konsumstil und ihre Lebensweise reduzieren, wobei ihre materielle Existenzbasis weitgehend ausgeblendet bleibt. Damals wie später war diese Gruppe in sich heterogen, und dies ist möglicherweise heute noch stärker als früher der Fall, aber eben nicht grundsätzlich neu. Folgt man dem Marxschen Klassenbegriff, dann kann es jedoch nicht in erster Linie darum gehen, Merkmale der Arbeiterschaft (oder der Lohnabhängigen) im *Vergleich* zu den Merkmalen anderer Gruppen zu erfassen, sondern sie vielmehr in ihrer *Beziehung* zu anderen Gruppen, insbesondere zur Kapitaleseite zu analysieren. Mainstream-Theoretiker, die Hand in Hand mit Marktforschern mit Hingabe Sozialmilieus untersuchen

(man denke etwa an die populären „Sinus-Milieus“), verschließen sich dieser Thematik grundsätzlich.

Die Beziehung zwischen Kapital und Arbeit – altmodisch mit dem Begriff „Klassenkampf“ umschrieben – hing zu allen Zeiten von der jeweiligen Stärke oder Schwäche der Position der Arbeiterschaft auf den Arbeitsmärkten im Verhältnis zur Kapitaleseite ab: inwieweit letztere im Rahmen einer bestimmten konjunkturellen Situation also imstande war und ist, arbeitssparende technologische Neuerungen einzusetzen, mit Hilfe der Anwerbung von Migrant/inn/en oder anderen Gruppen die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft zu verschärfen oder auch Geschäftstätigkeiten in andere Ländern zu verlagern oder jedenfalls damit zu drohen. Entscheidend für die Handlungsspielräume auf beiden Seiten sind die Konkurrenzverhältnisse sowohl zwischen den Beschäftigten wie zwischen den Unternehmen, für ihr konkretes Handeln auch kulturelle Überformungen – ob Kooperation, Kompromisse oder die gnadenlose Konfrontation gesucht werden.

Dieses Klassenverhältnis nahm in den Jahrzehnten des Deutschen Kaiserreichs eine besondere Form an und eine für sie ähnlich günstige Situation sollte es für die abhängig Beschäftigten erst wieder Jahrzehnte später zu Zeiten des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ geben. Damals folgte auf den kurzen und heftigen „Gründerboom“ ab 1870 und die darauffolgende „große Depression“ seit Mitte der 1890er Jahre eine anhaltende Boomperiode, in der die Arbeitslosigkeit mit Ausnahme der Zwischenkrise von 1901 niemals höher als 3%, in vielen Jahren sogar niedriger war. Parallel dazu organisierten sich mehr und mehr Arbeiter (in geringerem, aber ebenfalls zunehmendem Maß auch Arbeiterinnen) und stellten Forderungen nach verkürzten Arbeitszeiten und einer Anhebung ihrer Löhne. Dank einer günstigen konjunkturellen Situation und einem wachsenden Bewusstsein der eigenen Stärke hatten viele, wenn auch nicht alle, Anteil an dem materiellen Aufschwung der Periode vor 1914: der Index der Reallöhne, der 1871 bei 70 lag, erreichte 1900 den Wert von 111 und lag 1913 schließlich bei 125 (Schneider 1989: 501, 509). Weder die Arbeiterschaft noch die Unternehmerschaft stellten damals große homogene Blöcke dar, und die in sich fragmentierte Arbeiterschaft richtete ihre Forderungen keineswegs nur an das große Kapital, sondern ebenso sehr an Kleingewerbe und Handwerk. Es waren gerade die Innungen, von der Sozialdemokratie jahrzehntelang als fossile Überreste alter Zunft herrlichkeit und als Hort reaktionären Denkens gebrandmarkt, die ganz wesentlich dazu beitrugen, eines der Grundelemente jenes Klassenkompromisses durchzusetzen, den man später Sozialpartnerschaft nennen sollte.

Um die Lage von *heutigen* Facharbeitern im Maschinenbau und Bandarbeitern in der Automobilindustrie, von Fahrern von Paketdiensten und Kassiererinnen in Supermärkten, von wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und Lehrer/innen, von Pflegerinnen und Reinigungskräften zu verstehen, bleibt es nach wie vor

unerlässlich, die grundlegenden Kräfteverhältnisse auf den Arbeitsmärkten zu erfassen, und nicht allein zu erheben, wie die Beschäftigten essen und wohnen, ihren Urlaub verbringen oder über Homosexualität und Migration denken. Pierre Bourdieu hat souverän gezeigt, wie derartiges in größeren Zusammenhängen zu untersuchen ist (Bourdieu 1982). Als Hintergrund für solche Analysen muss stets gesehen werden, inwieweit die Handlungsspielräume der Lohnabhängigen durch internationale Konkurrenz und staatliche Rahmensetzungen beeinflusst und welche öffentlichen Diskurse dazu geführt werden. Anders als heutige Belegschaften hatte die Arbeiterklasse des Deutschen Kaiserreiches die Konkurrenz von Arbeiter/inne/n in anderen Erdteilen kaum zu fürchten und die Fortschritte der Mechanisierung wurden durch hohe Wachstumsraten kompensiert. Gleichzeitig stieß die Lage der Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit nicht nur auf Abwehr und Widerstand, sondern auch in bürgerlichen Kreisen immer wieder auf Verständnis, wenn es etwa um die desolante Lage der Heimarbeiter/innen oder die erbitterten Arbeitskämpfe der Bergarbeiter ging. Auch der damalige Verein für Socialpolitik und die einflussreichen „Kathedersozialisten“ beförderten mit ihren Veröffentlichungen pragmatische Einsichten im Unternehmerlager, dass die Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse durch Kooperationen ergänzt oder ersetzt werden müssten (Backhaus 1997). Heutzutage wird der öffentliche Diskurs von Positionen dominiert, bei denen die zunehmend prekären Arbeits- und Entlohnungsbedingungen vieler Beschäftigter als alternativlos hingestellt werden: Standortkonkurrenz gilt als schicksalhaft und sozialstaatliche Absicherungen werden als unerträgliche Belastungen für vermeintliche Leistungsträger etikettiert. Darüber hinaus sollten Menschen unrealistische Ansprüche, die sie als Produzenten haben könnten, aufgeben, um sich statt dessen als Konsumenten an den Segnungen von immer billigeren Massengütern zu erfreuen. Dies alles hat sich auch in staatlichen und überstaatlichen Regelungen niedergeschlagen, die zur Aufweichung von Arbeitsstandards beigetragen haben. Ob sie kämpferisch oder resigniert auftreten, ist also nicht allein eine Sache der Lohnabhängigen selbst, sondern es bedarf dazu der Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit, um hegemoniale Diskurse aufzubrechen und die Institutionen, die ihr Handeln einschränken und behindern, grundlegend zu ändern. Die mangelhafte Einheit der Arbeiterklasse hat sie im Deutschen Kaiserreich nicht daran gehindert, Verbesserungen ihrer Lage durchzusetzen – sie sollte auch heutzutage nicht das größte Hindernis dafür sein, dass Lohnabhängige sich für ihre eigenen Belange einsetzen.

Literatur

Asmus, Gesine (Hg.) (1982): *Hinterhof, Keller und Mansarde – Einblicke in Berliner Wohnwelten*, Reinbek.

- Backhaus, Jürgen (Hg.) (1997): *Essays on Social Security and Taxation – Gustav von Schmoller and Adolph Wagner Reconsidered*, Marburg.
- Bebel, August (1895): *Die Frau und der Sozialismus*, Stuttgart.
- Bergmann, Anneliese (1982): Frauen, Männer und Geburtenkontrolle. Die Gebärtstreikdebatte der SPD im Jahre 1913, in: Hausen, Karin (Hg.): *Frauen suchen ihre Geschichte*, München: 81-108.
- Benschop, Albert/Krätke, Michael/Bader, Veit (1998): Eine unbequeme Erbschaft, in: Bader, Veit/Benschop, Albert/Krätke, Michael/van Treeck, Werner: *Die Wiederentdeckung der Klassen*, Argument-Sonderband, Hamburg: 5-26.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M.
- Braun, Lily (1979): Reform der Hauswirtschaft [1901], in: Brinker-Gabler, Gisela (Hg.): *Frauenarbeit und Beruf*, Frankfurt/M.: 275-284.
- Bremer Bürgerzeitung*, 29.8.1891.
- Dörre, Klaus (2011): Landnahme und soziale Klassen. Zur Relevanz sekundärer Ausbeutung, in: Thien, Hans-Günter (Hg.): *Klassen im Postfordismus*, Münster: 113-151.
- Gabel, Angela (1992): Kollegin oder Konkurrentin – der lange Weg zur Gleichberechtigung, in: Zoller, Helga/Schuster, Dieter (Hg.): *Aus Gestern und Heute wird Morgen – Ans Werk der Weg ist noch weit, aber er lohnt sich*, Stuttgart: 335-344.
- Hradil, Stefan (2012): *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde. Bundeszentrale für politische Bildung*. <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138438/historische-entwicklung> (14.4.2014).
- Kautsky, Karl (1907): *Das Erfurter Programm – In seinem grundsätzlichen Theil*. Stuttgart.
- Kocka, Jürgen (1990): *Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen: Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert*, Bonn.
- Krätke, Michael (2013): Ein „unverbesserlicher Marxist“. Karl Kautsky und die „Neue Zeit“, in: *spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, H. 196: 64-67.
- Leicht, René (1995): *Die Prosperität kleiner Betriebe – Das längerfristige Wandlungsmuster von Betriebsgrößen und -strukturen*, Heidelberg.
- Linse, Ulrich (1972): Arbeiterschaft und Geburtenkontrolle im Deutschen Kaiserreich von 1891 bis 1914, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 12: 205-271.
- Marx, Karl (1970): *Das Kapital*, Bd. 1, MEW Bd. 23, Berlin/DDR.
- Nolte, Paul (2001): Unsere Klassengesellschaft, in: *Die Zeit*, Nr. 2.
- Schmidt, Dorothea (1993): *Massenhafte Produktion? Produkte, Produktion und Beschäftigte im Stammwerk von Siemens vor 1914*, Münster.
- (1997): Die Großen und die Kleinen – Industrie und Handwerk in Bremen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg, in: *Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens*, Bd. 19: 10-47.
- Schneider, Michael (1989): *Kleine Geschichte der Gewerkschaften – Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn.
- Türkmen, Ceren (2011): Rethinking Class-Making – Zur historischen Dynamik von Klassenzusammensetzung, Gastarbeitsmigration und Politik, in: Thien, Hans-Günter (Hg.): *Klassen im Postfordismus*, Münster: 202-234.
- Ullmann, Peter (1977): *Tarifverträge und Tarifpolitik in Deutschland bis 1914*, Frankfurt/M.
- Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitag [1896] (1981), in: Niggemann, Heinz (Hg.): *Frauenemanzipation und Sozialdemokratie*, Frankfurt/M.: 69-93.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 3. Band (1849-1914), München.
- Wengenroth, Ulrich (1989): Motoren für den Kleinbetrieb. Soziale Utopien, technische Entwicklung und Absatzstrategien bei der Motorisierung des Kleingewerbes im Kaiserreich, in: Ders. (Hg.): *Prekäre Selbständigkeit – Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozess*. Stuttgart: 177-206.